

Der Fall der Berliner Mauer – 9. November 1989

Diese Pressekonferenz zur besten Fernseh-Sendezeit am Abend des 9. November 1989 gehört zu den denkwürdigsten Ereignissen in der Geschichte des Kontinents. Auf Grund eines Missverständnisses beantwortete Günter Schabowski die Nachfrage eines italienischen Journalisten, ab wann das von ihm soeben verkündete neue DDR-Reisegesetz denn gelte, mit dem inzwischen berühmt gewordenen Satz: "Das tritt nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich." Da diese Pressekonferenz live übertragen und sowohl im Westen wie im Osten Deutschlands verfolgt wurde, hatte die Wirkung dieses Versprechers weltpolitische Auswirkungen.

Denn unmittelbar anschließend pilgerten DDR-Bürger zur innerdeutschen Grenze in Berlin, um den Westteil der Stadt zu besuchen. Drei Stunden lang hielten die Grenzbeamten, die von der neuen Regelung nicht in Kenntnis gesetzt worden waren, dem Ansturm stand. Spätestens als das Westfernsehen seine Kameras aufgebaut und die sensationelle Nachricht bestätigt hatte, war klar, dass in dieser Nacht das Ende der deutschen Teilung, die seit dem Mauerbau des 21. August 1961 bestanden hatte, gekommen war. Am späten Abend des 9. November 1989 gaben die Beamten am Grenzübergang Bornholmer Straße ihren Widerstand schließlich auf, öffneten die Berliner Grenzübergänge und ließen die Menschen ohne ernsthafte Kontrollen von Ost nach West und umgekehrt. Wenig später gingen auch die Schlagbäume in Selmsdorf/Lübeck-Schlutup, Worbis/Duderstadt und Henneberg/Eußenhausen hoch

Vorausgegangen waren friedliche Proteste in der DDR. Monatelang waren Tausende DDR-Bürger auf die Straße gegangen und hatten lautstark politische Reformen gefordert. Die „Montagsdemos“ in den Straßen von Leipzig waren zur mächtigen Demonstration des Willens der Menschen geworden, das verhasste DDR-Regime los zu werden. Die Demonstranten skandierten „Wir sind das Volk!“ und beriefen sich mit „Gorbi! Gorbi!“ – Rufen auf den Generalsekretär der sowjetischen KPdSU, Michail Gorbatschow, der seit 1985 in der Sowjetunion Reformen angestoßen und damit Hoffnung auf eine bessere Zukunft geweckt hatte. Gorbatschows neue Politik wollten die Menschen auch in der DDR realisiert sehen. Aber die Reformunwilligkeit der Regierung unter Erich Honecker verhinderte das und provozierte damit das eigene Ende. Erich Honecker war am 18. Oktober 1989 von Egon Krenz im Amt des Generalsekretärs und Staatsratsvorsitzenden abgelöst worden. Aber auch das konnte den Untergang der DDR nicht aufhalten.

Am 4. November protestierten knapp eine Million Menschen auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz für die Reform des Staates. Mit dieser machtvollen Demonstration wurde klar, dass auch die neue SED-Regierung von Egon Krenz das Vertrauen des Volkes nicht erlangt hatte. Fünf Tage später wurde die Mauer geöffnet, gleichzeitig wurden die Stimmen lauter, die einen Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten forderten. Aus dem Slogan „Wir sind das Volk!“ wurde „Wir sind ein Volk!“ und die Rufe nach einer deutschen Einheit immer lauter. Dieser Wunsch weckte ein einigen europäischen Nachbarn die Sorge vor einem ökonomisch starken

Deutschland in der Mitte Europas. Vor allem die britische Premierministerin Margaret Thatcher und der französische Staatspräsident François Mitterand trieb diese Sorge um.

Die „deutsche Frage“ war in der Vergangenheit oft Gegenstand der europäischen Politik gewesen. Während es früher um die Folgen der deutschen Teilung gegangen war, ging es nun um die Zukunft eines geeinten Deutschlands mit mehr als 80 Millionen Einwohnern und einer Wirtschaftskraft, die die übrigen europäischen Staaten weit übertreffen würde. England und Frankreich versuchten den Zusammenschluss der Bundesrepublik mit der DDR, wenn schon nicht zu verhindern, so doch an politische Bedingungen zu knüpfen. Diesen Bedenken trug Bundeskanzler Helmut Kohl am 19. Dezember 1989 Rechnung. In einer weltweit beachteten Rede vor der Ruine der Dresdner Frauenkirche erklärte er zum einen, den Willen der DDR-Bürger zu respektieren. Zum anderen bekannte sich Helmut Kohl an diesem Abend dazu, dass eine deutsche Einheit nur in „einem europäischen Haus“ möglich sein könnte. Die deutsche und die europäische Einheit seien zwei Seiten einer Medaille. Damit erteilte er einem neutralen wiedervereinigten Deutschland eine klare Absage und erntete dafür von den anwesenden DDR-Bürgern frenetischen Beifall.

Im Pariser Elysée-Palast wurde die Rede mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Als François Mitterand zwei Tage später in die DDR reiste und damit einer Einladung nachkam, die schon Erich Honecker ausgesprochen hatte, war er über die aktuelle Entwicklung in den beiden deutschen Staaten besorgt. Er befürchtete eine Konstellation wie 1913, als sich viele europäische Staaten von den wirtschaftlich, militärisch und politisch überlegenen Deutschen bedroht gefühlt haben. Das dürfe sich keinesfalls wiederholen, da ansonsten die europäischen Staaten aus Angst vor einem wiedererstarkten Deutschland nach einem Gegengewicht suchen könnten.

Mit Beginn des Jahres 1990 wurde der Prozess der Vereinigung der beiden deutschen Staaten in einen internationalen Prozess eingebettet, der die Interessen der Deutschen ebenso berücksichtigte wie die der alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkriegs und der übrigen Staaten auf dem europäischen Kontinent. In einem deutsch-deutschen Verhandlungsprozess wurden die Bedingungen einer deutschen Einheit erarbeitet. Gleichzeitig verhandelten die beiden deutschen Staaten mit den vier Siegermächten über die außenpolitischen Aspekte der Vereinigung der beiden Staaten. Dieser „2 plus 4“-Prozess endete mit einer Souveränitätserklärung Deutschlands am 12. September 1990 im „2 plus 4“-Vertrag. Im deutsch-deutschen Einigungsvertrag waren schon am 31. August 1990 jene Aspekte geregelt worden, die das juristische, soziale und politische Verhältnis der beiden deutschen Staaten betrafen und für einen gemeinsamen Staat neu geregelt werden mussten. Am 3. Oktober 1990 traten die Länder der nunmehr ehemaligen DDR der Bundesrepublik Deutschland bei. In einer historischen Sekunde um Mitternacht des 3. Oktober 1990 hatte sich die DDR aufgelöst und die Länder der DDR konnten der Bundesrepublik Deutschland nach dem Artikel 23 des alten Grundgesetzes beitreten: „Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-

Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.“